



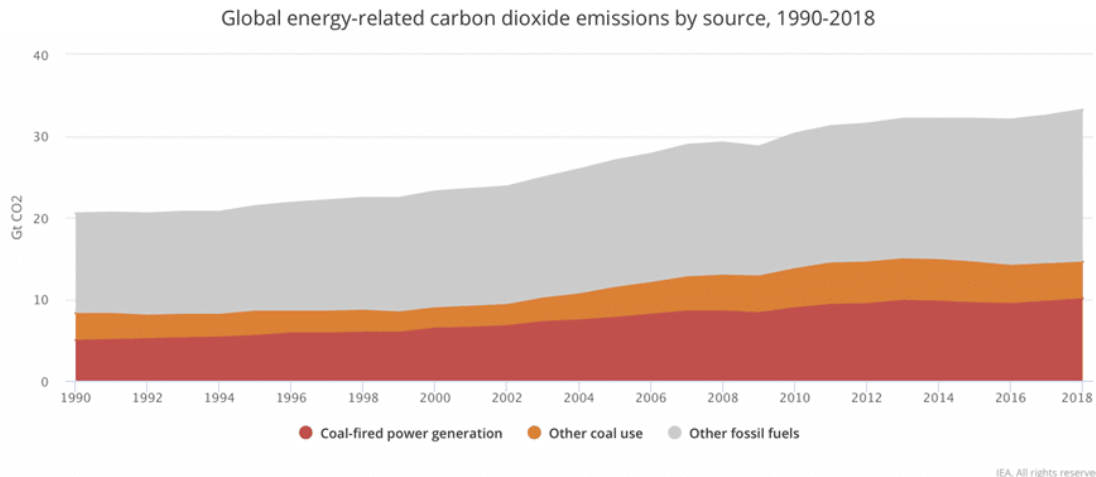
Klimaschutz, der nicht weh tut – den gibt es nicht!

Von Heiner Flassbeck | 30.12.2019

Wer dachte, die Konfusion der öffentlichen und politischen Debatte über makroökonomische Zusammenhänge sei nicht mehr zu überbieten, wird in diesen Tagen eines besseren belehrt. Die Konfusion in Sachen Klimawandel und Umweltschutz ist noch viel größer.

Zunächst zu den Fakten – und die Fakten sind trist. Ohne dass es die deutsche Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen hat, wurden von der Internationalen Energieagentur (IEA) vor einiger Zeit die [Zahlen zu den globalen Emissionen an CO₂ durch den Verbrauch fossiler Energieträger für 2018 und die Jahre davor](#) veröffentlicht. Das Ergebnis ist ernüchternd (siehe die Abbildung aus dem IEA-Bericht).

Abgesehen von dem konjunkturellen Einbruch des Jahres 2009 und der europäischen Wirtschaftskrise 2014 bis 2016 gibt es nichts, was zu der Hoffnung Anlass gäbe, die globale Gemeinschaft, die über das Thema Klimawandel in den hier abgebildeten dreißig Jahren unendlich viel geredet hat, sei in der Lage, ihre auf fossile Energie ausgerichtete Wirtschaftsweise zu ändern.



Dass sie es nicht tut, ist allerdings vollkommen konsequent, weil sich [der reale Preis für fossile Energieträger seit Beginn der siebziger Jahre nicht erhöht hat](#). Warum sollte irgendjemand auf dieser Welt Öl, Kohle und Gas einsparen, wenn ihn der Markt jeden Tag auffordert, lustig weiter zu verbrauchen. Auch in anderen Bereichen (über die Bedrohung der Insektenpopulation wird zu Recht viel geredet) kommt der Schutz der natürlichen Umwelt nicht voran, weil es keine Mechanismen gibt, die dafür sorgen, dass weniger Flächen zu biologisch toten Äckern umgewandelt oder gleich zubetoniert werden.

Immerhin wird jetzt auch in Deutschland vermehrt über Preise und Steuern gesprochen. Wer aber glaubt, mit ein bisschen „Bepreisung“ hier und da sei eine globale Wende zu erreichen, der liegt fundamental daneben und streut den Wählern Sand in die Augen.

Konfusion im Kleinen und im Großen

Die Konfusion beginnt schon bei der Beschreibung der Instrumente. Viele sind gegen eine Steuer auf CO₂, weil Steuern einfach immer schlecht seien und man weiß, dass irgendwer die Steuer bezahlen muss. Die Steuergegner sind aber fast immer für Zertifikate, also für eine „Bepreisung“ von CO₂ und erwecken dabei den Eindruck, das müsse außer ein paar großen Unternehmen einfach niemand bezahlen. Ob man aber für Kohle, Gas und Öl mehr bezahlen muss, weil es eine CO₂ Steuer gibt oder weil man Zertifikate kaufen muss, wenn man diese Produkte benutzt, macht keinen Unterschied. Immer muss irgendjemand, und das ist im Zweifel der Endkonsument, dafür bezahlen. Immer stellt sich die Verteilungsfrage, nämlich wer wie viel von seinem Einkommen aufwenden muss, um die höheren Kosten zu tragen. Ist der Staat derjenige, der kurzfristig dabei verdient, muss er klar sagen, auf welche Weise er die eingesammelten Beträge zurückverteilt.

Aber auch eine Steuer ist nicht einfach eine Lösung, sondern die Steuer muss nicht nur national, sondern weltweit so ausgestaltet sein, dass der Preis, den der Konsument für fossile Rohstoffe zu zahlen hat, dauernd stärker steigt als sein Einkommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Anbieter der fossilen Rohstoffe mitspielen müssen. Senken sie die Förderung nicht entsprechend, wird der Preis für die Energieträger fallen und es entsteht ein weltweiter Konflikt um die Gewinne aus

der Förderung, dessen Ausgang vollkommen offen ist. Das Ganze ist auf jeden Fall eine ungeheuer ambitionierte politische Operation, deren Zustandekommen, ohne dass es große globale Katastrophen gibt, politisch einfach nicht zu erwarten ist.

Die zweite Konfusion betrifft den Markt. Die Liberalen erwecken den Anschein, der Markt könne den Verbrauch von fossilen Energieträgern in einer Weise regeln, die umwelt- und klimaverträglich ist, wenn man nur einen Markt für CO₂-Zertifikate schafft und einmal einen Anfangs-Preis festlegt. Das ist kompletter Unsinn, weil das Angebot auf diesem Markt vollständig und für alle Zeiten vom Staat (der internationalen Staatengemeinschaft) festgelegt und gesteuert werden muss. Kein privater Anbieter könnte ja wissen, um wie viel er pro Jahr das Angebot reduzieren müsste und wie er das mit anderen Anbietern koordinieren sollte.

Der Markt macht es nicht, aber man braucht ihn

Wenn man sich weltweit entschlösse, das Angebot von CO₂-Zertifikaten so zu begrenzen, dass 2050 keine CO₂ Emissionen mehr stattfinden, müsste man heute einen Pfad festlegen, entlang dessen das Angebot von CO₂ systematisch bis auf Null heruntergefahren wird. Der Preis würde dabei in der Tat dem Ergebnis von (festgelegtem) Angebot und der privaten Nachfrage überlassen, was natürlich zu extremen Preissteigerungen führen könnte. Das ist ein Weg, der in den Demokratien politisch niemals durchzuhalten sein wird, weil weitgehend unkontrollierbare Preissteigerungen politisch für die meisten Regierungen nicht zu überleben wären, denn sie würden – zu Recht – dafür verantwortlich gemacht. Es geht nur der Weg über die konsequente Steuerung des Preises auf der globalen Ebene, ohne aber vorhersagen zu können, wann genau das zu dem gewünschten Ergebnis bei der eingesparten Menge an CO₂ führt.

Die dritte große Konfusion betrifft die Frage von Technik und Innovation. Viele glauben, wenn der Staat nur in vielen Bereichen genügend technische Vorgaben mache oder Anreize setze, dann würde am Ende schon eine ausreichende Reduktion beim Verbrauch fossiler Rohstoffe herauskommen. Das ist fundamental falsch, weil das auf den Markt drängende Angebot an fossilen Rohstoffen im globalen Maßstab immer abgesetzt wird, ganz gleich wie viele Länder wie viele technische Vorschriften erlassen. Technische Vorschriften mögen an einigen Stellen auch notwendig sein, mit einer globalen Lösung aber haben sie nichts zu tun.

Die Preisveränderungen zielen aber auch auf die Veränderung der Technik und auf Innovation, kann man an dieser Stelle argumentieren. Das ist richtig, man kann darauf hoffen, dass durch global höhere Preise die Anreize, neue Techniken zu entwickeln massiv zunehmen und darauf kann man auch in der Tat ein Stück weit bauen. Aber ohne Preiserhöhungen, die dauerhaft angelegt und vorhersehbar sind, hilft das Vorschreiben technischer Änderungen bei einzelnen Produkten oder Produktionsverfahren nicht.

Die Ziele der Menschen – sind nicht gleich

Die vierte und größte Konfusion betrifft die Frage, ob die grüne Revolution für den Menschen einen wirklichen Nutzen bringt oder nicht. Man bekomme ja einen Gegenwert, nämlich eine lebenswerte

Umwelt und eine bewohnbare Erde, wenn man höhere Preise für fossile Brennstoffe bezahle, wird argumentiert. Das ist richtig und falsch zugleich und genau deswegen ist es nicht so einfach wie es klingt.

Die Geschichte der Menschheit ist gekennzeichnet von einem Kampf gegen die „feindliche Natur“, die zu überwinden für die Menschen über Jahrtausende der einzige Weg war, ihre eigene Lage durchgreifend zu verbessern. Die Natur immer effizienter zu „nutzen“, war das Ziel fast aller menschlicher Anstrengungen. Und es ist gelungen. Der Mensch, insbesondere der Mensch in den westlichen Industrieländern, hat, so könnte man es ökonomisch ausdrücken, dauernd seine Terms of Trade zugunsten der Natur verbessert. Der größte „Fortschritt“ dabei war es ohne Zweifel, dass es den Menschen gelungen ist, die über Jahrtausende ohne jedes Zutun des Menschen entstandenen fossilen Rohstoffe nutzbar zu machen.

Wer zurück will zu einer Erde, auf der die Natur wieder einen größeren Platz beansprucht und die vorhandenen natürlichen Ressourcen weniger schnell verbraucht werden, muss bereit sein, die eigenen Terms of Trade zu verschlechtern. Man muss zumindest auf die weitere intensive Nutzung der Natur verzichten und damit Einkommensmöglichkeiten opfern oder gar zurückgehen und auch ein sinkendes Einkommen akzeptieren. Das mag für viele Menschen in der westlichen Welt akzeptabel sein, weil sie inzwischen ein Wohlstandsniveau erreicht haben, bei dem sie ohne weiteres auf weitere Zuwächse verzichten können (und auch wollen). Ja, man kann durchaus die Meinung vertreten, dass Umweltbewusstsein auch eine Funktion der Einkommensentwicklung ist und keineswegs nur Ausdruck überlegener Einsicht in die ökologischen Zusammenhänge.

Für viele Menschen im Rest der Welt, aber auch für eine nicht zu unterschätzende Gruppe von ärmeren Mitbürgern in den wohlhabenden Ländern gilt das allerdings nicht. Für sie geht es immer noch um den täglichen Kampf ums Überleben oder zumindest um ein Überleben in Würde. Sie haben nicht die gleiche Präferenz für eine Erhaltung der Natur, weil sie bisher keine Chance hatten, an der Verbesserung der Terms of Trade in der Vergangenheit, als man die Natur ausgebeutet hat, teilzuhaben.

Wer sind „wir“?

Folglich gibt es das „wir“, das man im Zusammenhang mit Umweltschutz so gerne benutzt („wir“ sitzen alle im gleichen Boot, „wir“ müssen für die zukünftigen Generationen vorsorgen), einfach nicht. Die Verhältnisse sind zu verschieden. Einige Menschen sitzen in Nusschalen und kämpfen ums Überleben, andere schwelgen in großen Jachten. Es wird in letzter Zeit häufig erwähnt, aber es muss viel deutlicher werden: Wer nicht bereit ist, offen und ehrlich über die Verteilungsfrage zu reden, nimmt ein Scheitern der Versuche, den Klimawandel zu begrenzen und die natürliche Umwelt zu regenerieren, von vorneherein billigend in Kauf. Wer nicht bereit ist, die Größe des ökologischen Fußabdrucks als Kriterium dafür zu nehmen, wie stark und in welcher Weise der einzelne zur Kasse gebeten wird, ist einfach unehrlich in seinem „Eintreten“ für eine bewohnbare Erde.

Das gilt, man muss es leider sagen, für fast alle Parteien in Deutschland. Für CDU/CSU und FDP gilt es sowieso, weil man dort mit dem Plädoyer für Zertifikate schon verschleiern will, wer am Ende den

Großteil der Rechnung bezahlt. Aber auch die Grünen und die SPD sind keineswegs klar in der Frage. Ein wenig Umverteilung kann man sich schon vorstellen und ist man auch bereit öffentlich einzuräumen, aber der große Wurf, bei dem auch die untersten Einkommensschichten merken, dass sie mit im Boot sitzen, den kann man von den beiden Parteien nicht erwarten, weil sie fürchten, in die linke Ecke geschoben zu werden. Da ist schon die Linke und wird von allen Seiten bekriegt wegen ihrer Umverteilungsphantasien.

Die AfD schließlich hat sich perfekt positioniert, „um die Armen zu retten“, wenn die anderen tatsächlich ernst machen würden mit der „Bepreisung“ der Umwelt. Allerdings nicht, indem sie selbst für Umverteilung plädiert, sondern indem sie das Problem einfach bestreitet. Das ist genau die Position, die eine demokratische ökologische Wende zu Fall bringt, wenn sie nicht über Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensklassen abgesichert ist. Wie Trump („I don't believe it“) ignoriert diese Position einfach den wissenschaftlich erarbeiteten Befund und muss folglich der eigenen Klientel auch nichts zumuten.

Wer dagegen argumentieren will, tut sich schwer, weil außer nicht leicht zu kommunizierenden naturwissenschaftlichen Argumenten nur noch Beschimpfungen übrig bleiben. Nur das glaubhafte Versprechen, alle Bevölkerungsschichten mitzunehmen, wenn die unvermeidbaren Kosten anfallen, könnte hier Abhilfe schaffen. Doch da sträubt sich bei vielen Politikern „links und rechts der Mitte“ die Feder, haben sie doch jahrelang gepredigt, dass Umverteilung zugunsten der Armen den Reichen die Lust an der Leistung nimmt. Dass sie eines Tages dieses Argument kassieren müssten, weil es um die Rettung der Erde geht, hätten sie sicher nicht gedacht. Wollen sie den „Klimaleugnern“ etwas entgegensetzen, müssen sie aber genau hier Farbe bekennen.

Dieser Artikel wurde zuerst auf MAKROSKOP am 27.5.2019 veröffentlicht.

Über den Autor



Heiner Flassbeck ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg, war Chef-Volkswirt der UNCTAD und Staatssekretär im BMF. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Globalisierung, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung und Geld- und Währungstheorie.

Veröffentlicht am: 30.12.2019

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2019/12/klimaschutz-der-nicht-weh-tut-den-gibt-es-nicht/>